

Opel-Desaster zeigt: Mobilisierung für neues weltweites Kreditssystem muß jetzt auf die Tagesordnung!

Von Katarzyna Kruczkowski,
Landesvorsitzende der BüSo in Nordrhein-Westfalen

Nächstes Internetforum
mit Lyndon LaRouche:
11.11.2009, 19 Uhr
www.bueso.de

Nach der Entscheidung von General Motors, Opel doch in eigener Regie weiterführen zu wollen, muß die Bundesregierung jetzt handeln: Opel muß vorübergehend von der Regierung übernommen und in einem Konversionsprogramm als produktive Industrieanlage erhalten werden. Denn das vorrangige Interesse Deutschlands muß es sein, einen systemischen Kollaps der industriellen Kapazitäten zu verhindern, was der Todesstoß für die Exportnation Deutschland wäre. Es gibt in der Automobilindustrie Überkapazitäten, die aber nicht einfach dem „freien Markt“ überlassen werden dürfen, sondern in andere produktive Bereiche umgewandelt werden können.

Für die Autoindustrie muß jetzt endlich jene Alternative auf die Tagesordnung, die die BüSo seit 2005 fordert – nämlich die schrittweise Umstellung der Produktion u.a. auf die Fertigung von neuen Verkehrssystemen auf Magnetbahnbasis oder zumindest Komponenten davon. Die werden im Lande selbst gebraucht, können aber auch überall dort, wo Ballungsräume in der ganzen Welt nach leistungsfähigen und umweltfreundlichen Verkehrssystemen suchen, ein neuer deutscher Exportschlager werden. Das bietet sogar Aussichten auf eine Ausdehnung der Arbeitsplätze bei Opel, die in den vergangenen 20 Jahren mehr als halbiert wurden. Man könnte Traktoren vor allem für den Export nach Afrika fertigen, oder Kabinen und bewohnbare Module für künftige Raumfahrzeuge (im Rahmen eines weltraumtechnischen Programms der Regierung). Die wertvollen produktiven Kapazitäten müssen unbedingt erhalten werden!

Wenn man das Hin und Her der vergangenen Wochen um die Frage verfolgt hat, ob GM nun Opel an Magna abgibt oder nicht, ob GM Opel lieber an Ripplewood oder eine andere „Heuschrecke“ verkauft oder am Ende doch behält, dann kommt die gestrige Erklärung aus Detroit nicht so überraschend. Die Hauptleidtragenden dieses Spektakels, bei dem natürlich auch um zusätzliche Gelder der Regierungen gepokert wurde, sind die Arbeiter, die nun wieder den drastischen Einsparplänen der Manager in Detroit unterworfen sind. Bis zu 20.000 Arbeits-

plätze könnte GM an seinen Standorten in Europa zusammenstreichen, wobei Bochum, Kaiserslautern und Antwerpen unter Experten am meisten als die Werke genannt werden, die von einer Schließung bedroht sind. Aber auch Eisenach ist als Standort nicht gesichert, und es könnte auch Saragoza treffen.

Das alles könnten ohnehin nur Zwischenstationen auf dem Weg in die Gesamtinsolvenz sein, denn kaum jemand erwartet ernsthaft, daß GM erstens genügend Autos weltweit verkaufen wird, um wieder Gewinn zu machen, und zweitens in der Lage ist, die Stützungskredite der US-Regierung in Höhe von 66 Mrd. Dollar zurückzuzahlen. Die Bundesregierung kann schon froh sein, wenn sie die 1,5 Mrd. Euro, die sie Opel für die Übergangszeit bis Ende November zur Verfügung stellte, von GM zurückerhält. Die realwirtschaftliche Krise verstärkt sich, und das trifft auch die Briefaschen der potentiellen Autokäufer in den USA, in Europa und in Asien. Der „freie Markt“ schrumpft rapide, und die Regierungen können schließlich nicht unbegrenzt Abwrackprämien gewähren. GM insgesamt könnte daher bereits im kommenden Jahr wieder da stehen, wo es im Frühjahr 2009 stand: vor dem Bankrott.

Gibt es überhaupt noch Hoffnung für die Opelaner? Ja, aber nur, wenn jetzt der Rahmen der Wirtschaftspolitik geändert wird, und der Schwerpunkt auf den Wiederaufbau der Weltwirtschaft gelegt wird, statt bankrotte Finanzsysteme mit Steuergeldmilliarden und um den Preis der Hyperinflation zu retten. Die Globalisierung ist am Ende! Wie man überall sieht, funktionieren die Finanzrettungspakete überhaupt nicht – sie liefern nur Liquidität für weitere, zerstörerische Spekulation und führen zu neuen Megacrashes.

Das Weltfinanz- und -währungssystem muß durch ein Neues Bretton Woods wieder auf realwirtschaftlichen Boden gestellt und der Spekulation ein Ende gemacht werden. Dafür müssen jetzt alle Bevölkerungsgruppen zusammenarbeiten! Unterstützen Sie deshalb den Aufruf auf unserer Webseite:

„Der LaRouche-Plan zur Rettung der Weltwirtschaft muß auf die Tagesordnung gesetzt werden!“

Seien Sie dabei, unterstützen Sie die Aktivitäten der BüSo!

Senden Sie diesen Coupon an die Bürgerrechtsbewegung Solidarität - Postfach 22 11 28 - 55050 Mainz

- Ja, ich will Mitglied der BüSo werden. Bitte schicken Sie mir Unterlagen.
- Ja, ich will die Arbeit der BüSo durch Spenden unterstützen:
Bürgerrechtsbewegung Solidarität, Postbank Ludwigshafen, BLZ: 545 100 67, Kto.Nr.: 166 027 676
- Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung **Neue Solidarität** vier Wochen lang kostenlos zum Kennenlernen.

Name, Vorname: _____

PLZ, Ort: _____

Straße, Hausnummer: _____

Telefon: _____

Datum, Unterschrift: _____

E-mail: _____

UNTERSCHRIFTEN-KAMPAGNE:

Der LaRouche-Plan zur Rettung der Weltwirtschaft muß auf die Tagesordnung gesetzt werden!

Die Stunde der Wahrheit ist gekommen. Dieselben Zombie-Banken, die die Weltwirtschaft an den Abgrund eines totalen Chaos geführt, Hunderte von Millionen Menschen um die Existenz gebracht, die Kosten für den Ruin den Steuerzahlern aufgebürdet und die Staatshaushalte mit astronomischen Schulden belastet haben, sind wieder voll im Hochrisikogeschäft und zahlen ihren Managern wieder Mega-Boni aus.

Bitte vervielfältigen
und weitergeben!

Die Realwirtschaft ist weltweit im freien Fall, Massenentlassungen treiben die Menschen in die Verzweiflung, die Zahl der Hungernden ist zum ersten Mal auf mehr als eine Milliarde gestiegen. Nach einer kurzen Zeit der Panik im Oktober 2008, in der Rufe nach einer neuen Finanzarchitektur laut wurden, haben sich auf den drei G20-Gipfeln in Washington, London, und Pittsburgh die Finanzkräfte des britischen Empire voll durchgesetzt und demonstriert, daß die Regierungen nur ausführende Organe der Banken sind. Die dringende Reorganisation wurde verhindert, die Systemkrise hat sich noch zugespitzt. Wir stehen vor einem neuen Mega-Crash und einer baldigen hyperinflationären Explosion.

Und was das Unglaublichste ist: In einer Krise, die zur schwersten Herausforderung in der Geschichte der Menschheit zu werden droht, wurde bisher keine Ursachenanalyse gemacht. Anstatt sich mit der Tatsache auseinanderzusetzen, daß die gesamte Zunft der Ökonomen vollkommen versagt hat, verbreiteten die diversen „Experten“ die absurde Behauptung, niemand habe diese Krise vorhersehen können und man sei völlig von ihr überrascht worden. Oder, als Variante, behaupten nun alle möglichen Anlageberater und so genannte „Goldbugs“, sie hätten schon lange vor der Krise gewarnt.

Die Wahrheit ist, daß eine sehr große Anzahl von Personen in wichtigen Positionen ebenso wie einfache Bürger in vielen Ländern wissen, daß es einen Mann gibt, der diese Krise seit langem prognostiziert hat: Lyndon LaRouche. Stellvertretend für viele andere sei hier Massimo Pini, ehemaliges Vorstandsmitglied des italienischen Staatskonzerns IRI, Regierungsberater und enger Freund Craxis erwähnt, der in der Januar-Ausgabe 2008 des italienischen Monats-Magazins *Area* Lyndon LaRouche als „den einzigen Wirtschaftswissenschaftler“ bezeichnete, „der die Katastrophe tatsächlich in vielen, vielen Veröffentlichungen prognostiziert hat, und zwar zu einer Zeit, als niemand sonst so etwas vermutet hat.“

Wie jeder, der an der Wahrheit interessiert ist, einfach nachforschen kann, hat LaRouche bereits seit 1971 auf die kommende Systemkrise hingewiesen und an jeder Weggabelung, wo die Weichen weiter in Richtung eines monetaristischen Systems gestellt wurden, auf die damit verbundenen Gefahren hingewiesen und vor allem seit Anfang der neunziger Jahre vor dem drohenden Systemkrach gewarnt.

Bereits vor über 12 Jahren haben die ukrainische Ökonomin Natalja Vitrenko und die Präsidentin des Schiller-Instituts, Helga Zepp-LaRouche, einen Aufruf für das von LaRouche vorgeschlagene neue Bretton-Woods-System veröffentlicht, der seitdem von vielen tausenden Personen in wichtigen Institutionen auf fünf Kontinenten unterzeichnet worden ist.

Es ist jetzt von existentieller Bedeutung, sich mit der wirtschaftswissenschaftlichen Methode auseinanderzusetzen, die es Lyndon LaRouche erlaubt hat, die systemischen Fehler des Monetarismus zu erkennen, weil diese Methode ein verlässlicher Garant ist, wenn es darum geht, einen Ausweg aus der Krise zu finden. Man darf in dieser Krise auf keinen Fall auf diejenigen hören, die von ihr überrascht wurden und die in der Zwischenzeit nichts dazugelernt haben.

Die Grundlage existiert, und es ist dringend notwendig, daß das von LaRouche vorgeschlagene Vier-Mächte-Abkommen zwischen den USA, Rußland, China und Indien verwirklicht wird. Vor allem diese führenden Nationen müssen ihre Bemühungen für eine radikale Reform des Weltfinanz- und -währungssystems bündeln und die spekulative Finanzblase (Derivate) beseitigen. Diese Länder müssen im Interesse der Menschheit sicherstellen, daß das Weltwährungssystem der Macht souveräner Nationen unterworfen wird. Sie müssen ein neues Kreditsystem schaffen, um langfristige Investitionen in die Volkswirtschaften zu ermöglichen. Und das wichtigste Projekt solle es sein, die Eurasische Landbrücke aufzubauen.

Das Schicksal der Menschheit hängt am seidenen Faden. Was wir jetzt dringend brauchen, ist eine öffentliche Diskussion über die Prognosen und Lösungsvorschläge von LaRouche. Der ehemalige Präsident Mexikos Lopez Portillo hat es bereits 1998 formuliert: „**Jetzt ist es Zeit, auf die weisen Worte von Lyndon LaRouche zu hören!**“

Unterzeichnen Sie diesen Aufruf Online auf der Internetseite der BüSo: www.bueso.de !

Bundesgeschäftsstelle: 06131-237384 Berlin: 030-8023405
Baden-Württemberg: 0711-6773726 NRW: 0201-3619753
Niedersachsen: 0176-63291447 Bayern: 089-7254011
Hamburg: 040-18200658 Sachsen: 0351-4278140

www.bueso.de

BüSo
Bürgerrechtsbewegung
Solidarität